

„Wo bleibt mein Geld?“



EVS
2 0 0 8

Die Einkommens-
und Verbrauchsstichprobe

07

2476

Herausgeber:

Statistische Ämter
des Bundes und der Länder

Herstellung:

Statistisches Bundesamt

Redaktion:

Kristina Kott, Statistisches Bundesamt
kristina.kott@destatis.de

Erschienen im Juni 2007

Fotorechte:

© KOOB

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2007
(im Auftrag der Herausgebergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Statistische Ämter des Bundes
und der Länder, EVS 2008

Statist. Bundesamt - Bibliothek



07-02477

007.2476

Inhalt

Haushaltseinkommen	6
Konsumausgaben	10
Nettoersparnis	14
Grundvermögen	15
Geldvermögen	17
Verschuldung	20
Gebrauchsgüterausstattung	21

Ein Dankeschön vorweg

Woher weiß man eigentlich, wie viele Haushalte in Deutschland eine Lebensversicherung, Aktien oder einen PC haben? Wofür sie ihr Geld ausgeben, wie sie es anlegen und über welche Einnahmen sie verfügen? Antworten auf diese und viele andere Fragen liefert die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS).

Die Erhebung wird seit Anfang der 60er Jahre alle fünf Jahre von den Statistischen Ämtern in Deutschland durchgeführt, zuletzt 2003.

Das Jahr 2008 ist wieder ein EVS-Jahr. Aus diesem Grund möchten wir Ihnen einige Ergebnisse der EVS 2003 vorstellen und allen danken, die durch ihre Mitarbeit zum Gelingen der Statistik beigetragen haben.

Zugleich möchten wir Sie ganz herzlich einladen, bei der EVS 2008 mitzumachen. Nutzen Sie erneut Ihre Chance, einen Überblick über Ihre finanzielle Situation zu bekommen. Mit Ihrer freiwilligen Teilnahme leisten Sie einen Beitrag dazu, dass auch in Zukunft aussagefähige Informationen zu Einkommen und Ausgaben, zur Vermögensbildung und zur Wohnsituation privater Haushalte in Deutschland verfügbar sind.

Machen Sie mit!

Ihre Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbseinkommen als wichtigste Komponente des Haushaltsbruttoeinkommens



Die Bruttoeinkommen der privaten Haushalte in Deutschland speisen sich aus unterschiedlichen Quellen:

- Arbeitnehmer und Selbstständige erzielen Einkommen aus Erwerbstätigkeit.
- Renten aus der gesetzlichen Renten- und Unfallversicherung, Pensionen, Werksrenten, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, Kindergeld, Leistungserstattungen privater Versicherungen usw. werden als Einnahmen aus Transferzahlungen bezeichnet.
- Bei vielen Haushalten fließen auch Einnahmen aus Vermögen (z. B. Zinsen, Einnahmen aus Vermietung oder Verpachtung) in die Haushaltskasse.

Im Durchschnitt bezifferte sich das Haushaltsbruttoeinkommen im Jahr 2003 auf 3.561 Euro im Monat.

58 Prozent der Bruttoeinkommen, die die privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2003 bezogen haben, stammten dabei aus Erwerbstätigkeit; im Durchschnitt waren das monatlich 2.072 Euro. Die Einnahmen aus Transferzahlungen betragen 31 Prozent der Haushaltsbruttoeinkommen. Das entsprach durchschnittlich 1.091 Euro im Monat. Die restlichen elf Prozent entstammten den Einnahmen aus Vermögen.

Ost-West Differenz beim Haushaltsnettoeinkommen

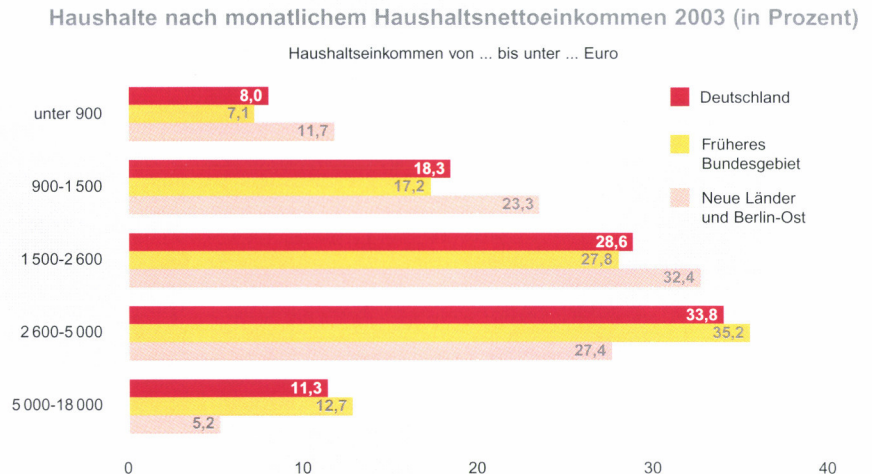
Wie viele Haushalte müssen mit einem geringen Nettoeinkommen auskommen, wie viele können großzügiger wirtschaften und wie viele brauchen gar nicht auf's Geld zu achten?

Die Ergebnisse der EVS 2003 zeigen auch hier interessante Details: Rund ein Viertel (29 Prozent) der Haushalte in Deutschland musste mit weniger als 1 500 Euro netto monatlich auskommen, ein weiteres Viertel (29 Prozent) hatte zwischen 1 500 und 2 600 Euro in der Haushaltskasse. Rund jeder dritte Haushalt erhielt zwischen 2 600 und 5 000 Euro Nettoeinkommen und elf Prozent verfügten über ein Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 18 000 Euro.

Westdeutsche Haushalte waren in dieser obersten Einkommensgruppe deutlich häufiger zu finden als ostdeutsche Haushalte.

So konnten rund 13 Prozent der Haushalte im früheren Bundesgebiet auf monatliche Nettoeinkommen in dieser Größenordnung

zurückgreifen, dagegen nur fünf Prozent in den neuen Ländern und Berlin-Ost.



2003 hatten Paare mit Kindern das höchste Nettoeinkommen

Im Durchschnitt aller Haushalte lag das Nettoeinkommen im Jahr 2003 bei 2 833 Euro monatlich; dabei gab es aber je nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers erhebliche Unterschiede:

Die Bandbreite reichte von durchschnittlich 1 594 Euro bei Arbeitslosen Haushalten bis zu 4 455 Euro im Monat bei Beamten.

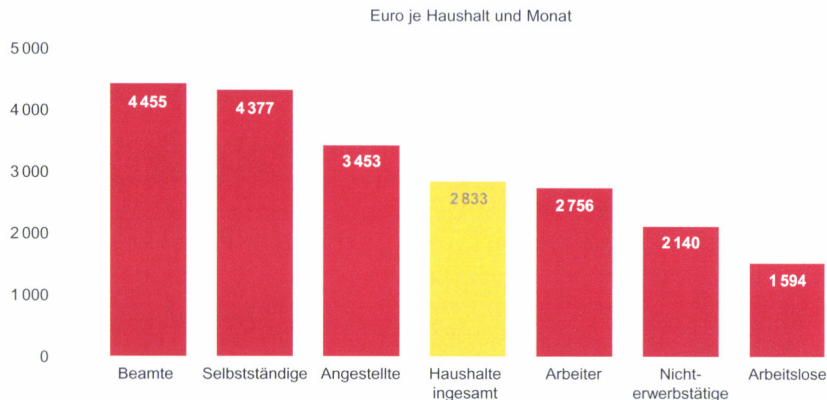
Weitere interessante Einblicke in die Einkommensverteilung erhält man, wenn man die Haushalte nach verschiedenen Typen gliedert.

Im Durchschnitt kamen Paare mit Kindern auf 3 891 Euro im Monat, während allein lebende Frauen 1 570 Euro zur Verfügung hatten. Bei ihnen handelt es sich vorwiegend um allein lebende Rentnerinnen.

In Bezug auf die wirtschaftliche Situation gab es auch im Jahr 2003 noch Unterschiede zwischen Haushalten in Ost und West: Im Westen war das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen mit 2 957

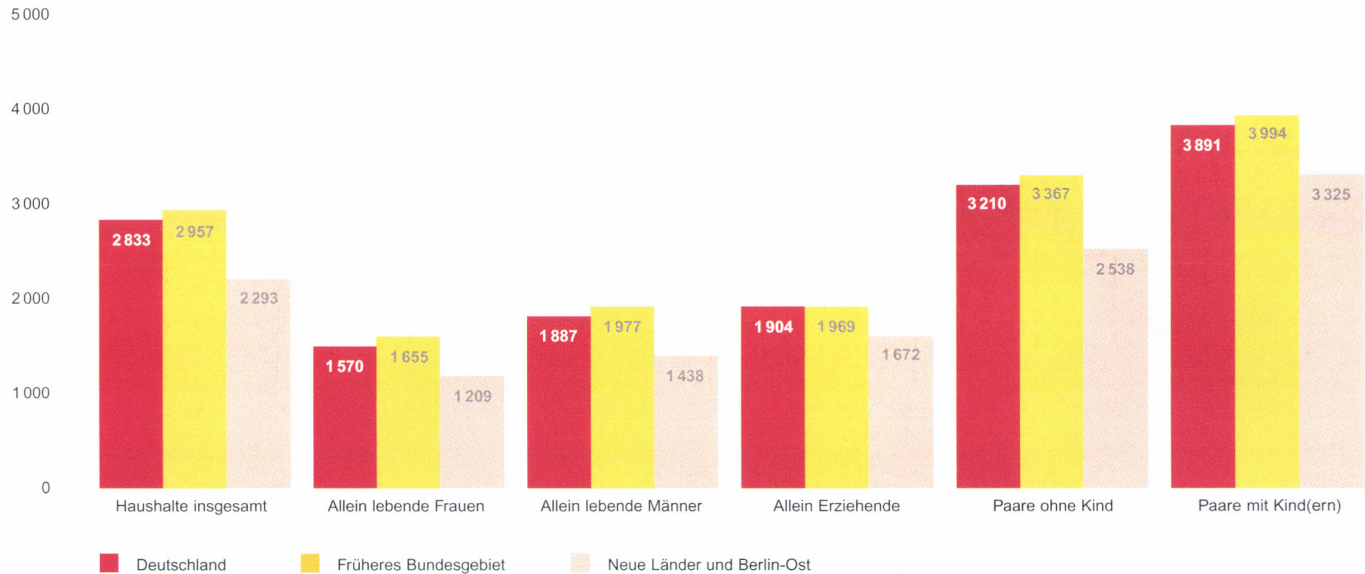
Euro um etwa 29 Prozent höher als im Osten. Zehn Jahre zuvor hatte ein westdeutscher Haushalt rund 46 Prozent mehr in der Haushaltskasse als ein ostdeutscher Haushalt.

Haushaltsnettoeinkommen 2003
nach sozialer Stellung des Haupteinkommensbeziehers



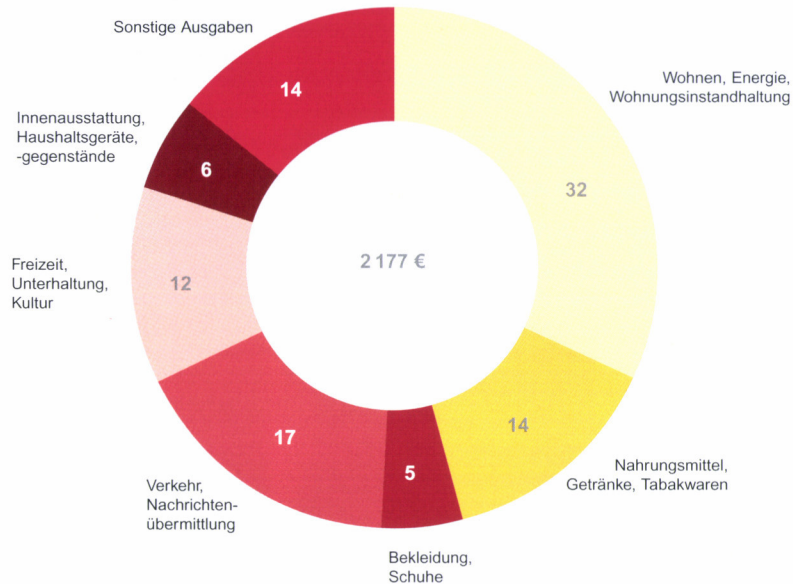
Haushaltsnettoeinkommen 2003 nach Haushaltstyp

Euro je Haushalt und Monat



Der private Konsum: Wohnausgaben stehen ganz oben

Privater Konsum 2003 in Deutschland (in Prozent)



Den größten Teil ihres verfügbaren Einkommens geben die Haushalte für den Konsum aus, d. h. für Käufe von Waren und Dienstleistungen. Im Jahr 2003 waren das durchschnittlich 2 177 Euro im Monat.

Rund ein Drittel der gesamten Verbrauchsausgaben, durchschnittlich 697 Euro, war durch Aufwendungen für Miete, Haushaltsenergie (ohne Kraftstoffe) und Wohnungsinstandhaltung gebunden.

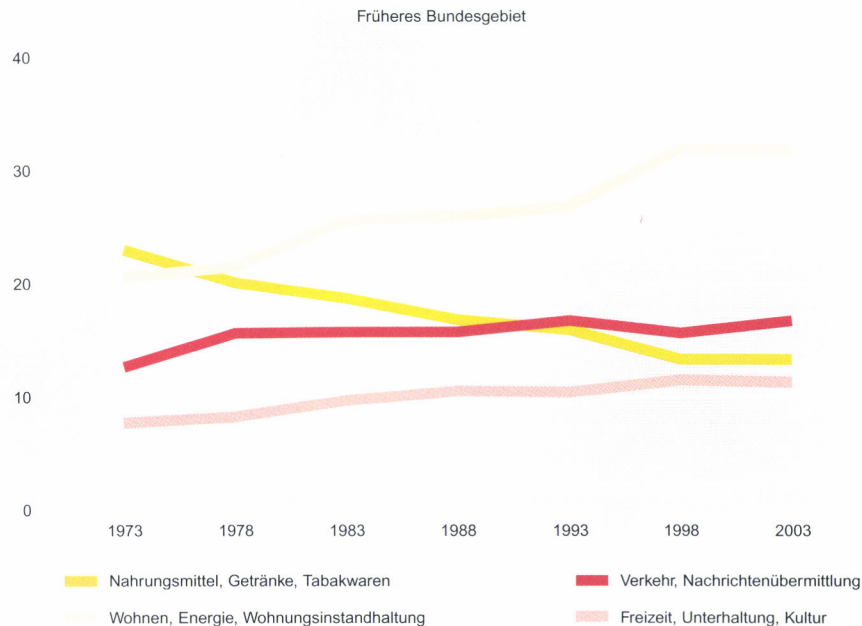
Den zweitgrößten Posten bildeten mit 373 Euro die Ausgaben für Verkehr und Nachrichtenübermittlung (z. B. Auto, Telefonkosten usw.). Auf dem dritten und vierten Platz folgten die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren mit 303 Euro sowie für Freizeit, Unterhaltung und Kultur mit 261 Euro.

Betrachtet man die Verbrauchsstrukturen über einen längeren Zeitraum – das ist natürlich nur für das frühere Bundesgebiet möglich – so sind deutliche Veränderungen erkennbar. Beispielsweise stieg der Anteil der Ausgaben für Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung von 21 Prozent im Jahr 1973 auf 32 Prozent im Jahr 2003 an.

Deutlich abgenommen hat dagegen im gleichen Zeitraum der Anteil der Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, der sich von 23 Prozent (1973) auf 14 Prozent (2003) reduzierte.

Leicht steigend waren die Ausgabenanteile für Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie für die Inanspruchnahme von Gütern und Dienstleistungen aus dem Freizeit-, Unterhaltungs- und Kultursektor.

Entwicklung ausgewählter Ausgabenbereiche (in Prozent)



Ernährungsausgaben bei allein Lebenden am niedrigsten



Die Unterschiede in den wirtschaftlichen Möglichkeiten und Bedarfsstrukturen der Haushalte spiegeln sich in deren Konsumverhalten wider.

In den Haushalten, die im Durchschnitt geringere Einkommen erzielten – allein Lebende und allein Erziehende – war der Anteil der Ausgaben für die „Grundbedürfnisse“ Wohnen und Ernährung am höchsten. So wendeten die allein Erziehenden im Jahr 2003 rund die Hälfte ihrer gesamten Konsumausgaben dafür auf.

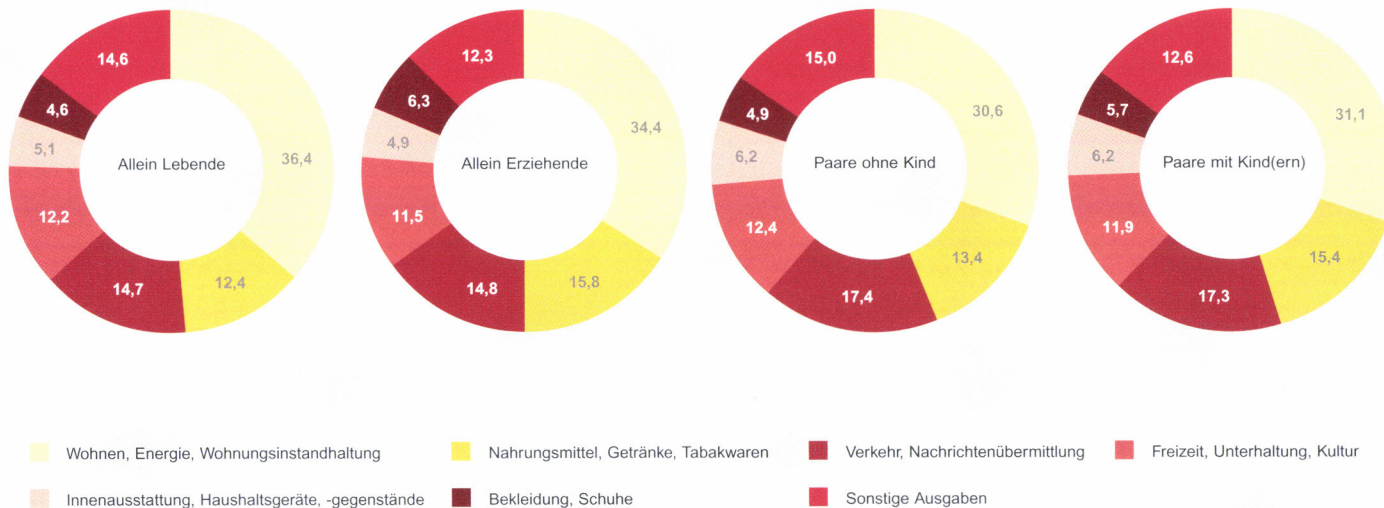
Paare mit Kindern hatten im Durchschnitt mehr Geld für Konsumzwecke zur Verfügung. Der Anteil für Wohn- und Ernährungsausgaben war bei ihnen etwas niedriger (knapp 47 Prozent).

Für die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung wendeten sie dagegen deutlich höhere Ausgabenanteile auf als allein Lebende und allein Erziehende.

Kinderlose Paare gaben mit 44 Prozent den niedrigsten Anteil für die Grundbedürfnisbefriedigung (Wohnen und Ernährung) aus.

Für die sonstigen Ausgaben (u. a. für Gesundheitspflege und Restaurantbesuche) gaben sie vergleichsweise am meisten aus.

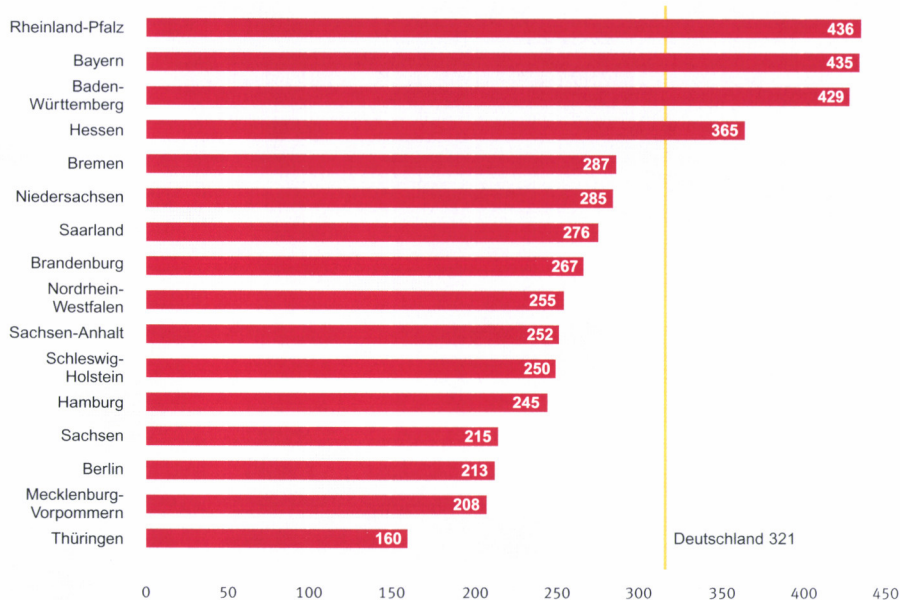
Verbrauchsverhalten ausgewählter Haushaltstypen 2003 in Deutschland (in Prozent)



Süddeutsche Haushalte sparen am fleißigsten

Nettoersparnis der privaten Haushalte 2003 nach Bundesländern

Euro je Haushalt und Monat



Die privaten Haushalte verwenden ihr ausgabefähiges Einkommen nicht nur für Konsumzwecke und die Begleichung von Versicherungen und sonstigen Ausgaben, sondern legen in der Regel einen Teil ihres Einkommens zurück. Im Jahr 2003 waren das durchschnittlich 321 Euro im Monat.

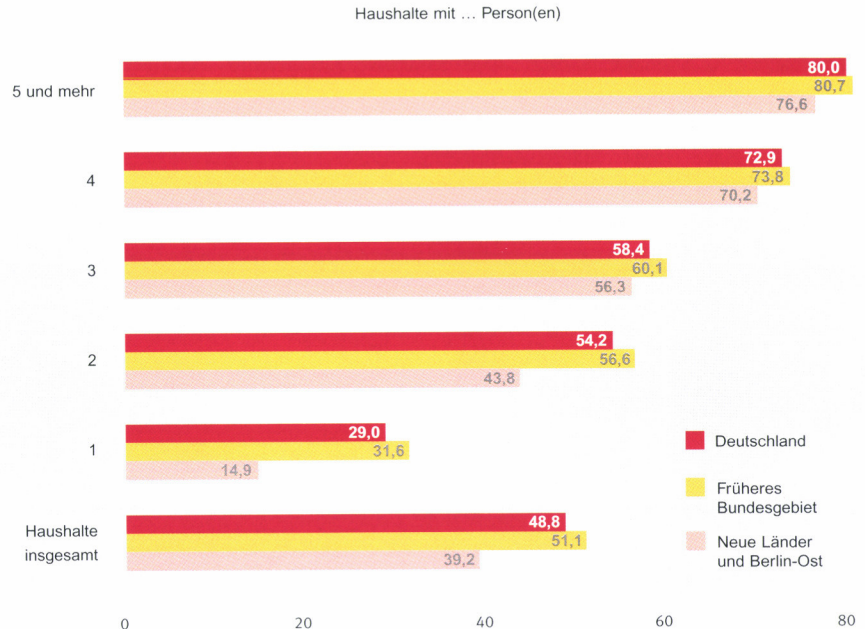
Die Spartätigkeit der privaten Haushalte ist regional jedoch sehr unterschiedlich. Die höchste Sparleistung wiesen im Jahr 2003 die Rheinland-Pfälzer auf. Sie sparten im Durchschnitt 436 Euro im Monat und damit mehr als das Zweieinhalbfache des Betrages, den die Haushalte in Thüringen (160 Euro) auf die hohe Kante legten. Aufgrund des relativ hohen Einkommens verbleiben den Haushalten auch in den anderen süddeutschen Bundesländern größere finanzielle Spielräume, um überdurchschnittlich Geld zu sparen.

Etwa die Hälfte der Haushalte verfügte 2003 über Grundvermögen

Anfang 2003 besaß von den durch die EVS repräsentierten 37,9 Millionen Haushalten fast die Hälfte (18,5 Millionen) eigene Häuser, Wohnungen oder Grundstücke. Im früheren Bundesgebiet verfügte nahezu jeder zweite Haushalt über Grundvermögen, in den neuen Ländern waren es hingegen nur 39 Prozent der Haushalte.

Es zeigen sich auch große Niveauunterschiede nach der Haushaltsgröße. Während 29 Prozent der Einpersonenhaushalte im Jahr 2003 Grundbesitz hatten, waren es bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen 80 Prozent.

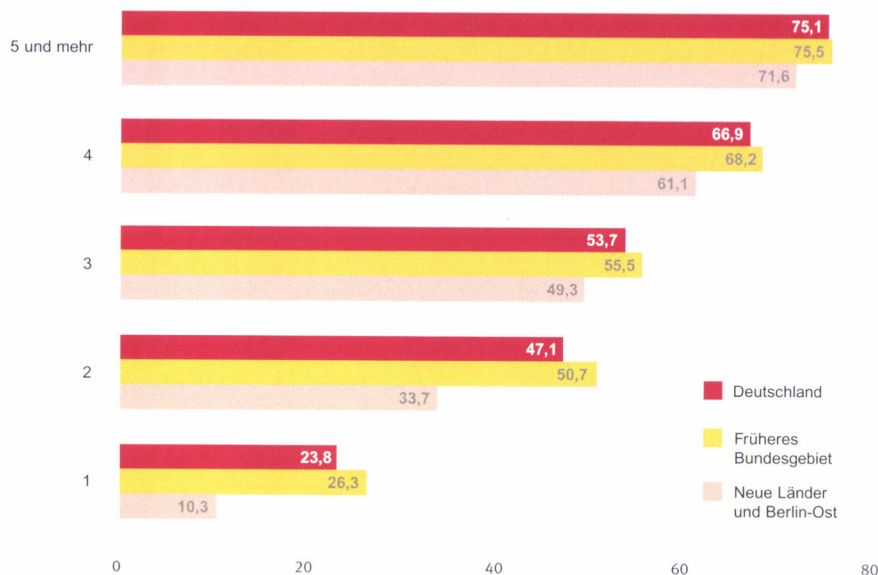
Private Haushalte mit Grundvermögen 2003 nach Haushaltsgröße (in Prozent)



Wohneigentum wird überwiegend selbst genutzt

Wohneigentum 2003 (in Prozent)

Haushalte mit ... Person(en)



Wer ein Haus oder eine Wohnung besitzt, nutzt dieses Wohneigentum überwiegend selbst. So gaben 43 Prozent der an der EVS 2003 beteiligten Haushalte an, im eigenen Haus oder in der eigenen Wohnung zu leben. Im früheren Bundesgebiet gab es 46 Prozent Eigentümerhaushalte, in den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es 32 Prozent Wohneigentümer.

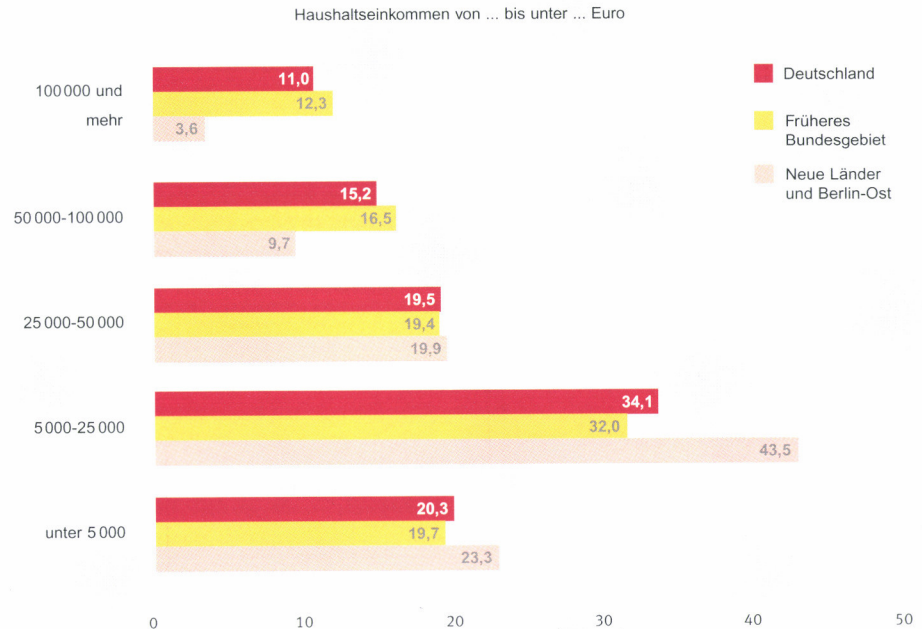
Im Osten wie im Westen erhöht sich die Eigentümerquote mit zunehmender Haushaltgröße. Während in den neuen Ländern Anfang 2003 rund zehn Prozent und im früheren Bundesgebiet rund 26 Prozent der Einpersonenhaushalte Wohneigentum nutzten, lag die Eigentümerquote bei den Haushalten mit fünf und mehr Personen im Osten bei knapp 72 Prozent und im Westen bei knapp 76 Prozent.

Geldvermögen ist im Westen etwa doppelt so hoch wie im Osten

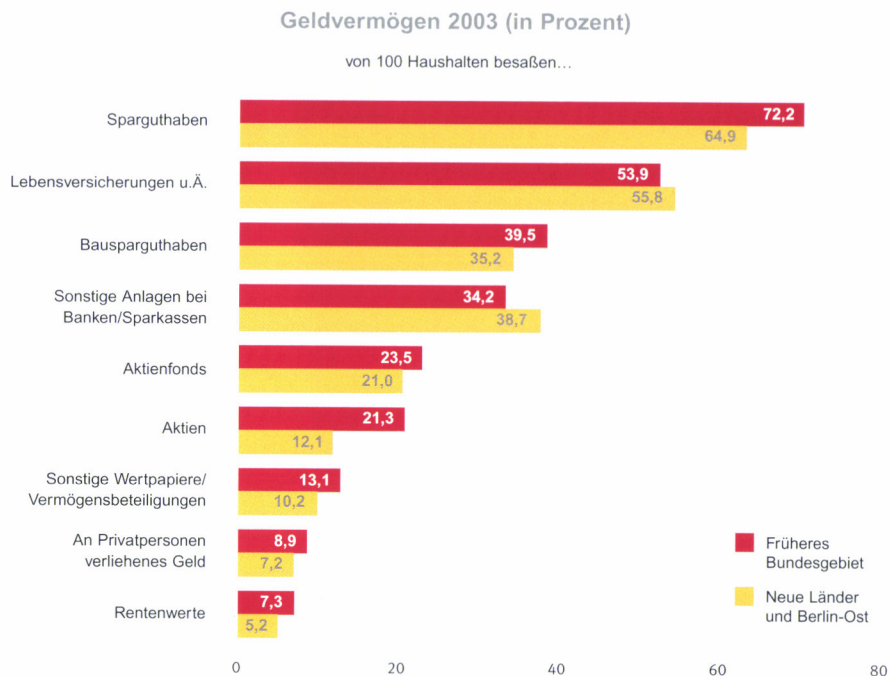
Rein rechnerisch verfügte jeder Haushalt in Deutschland über ein Geldvermögen von 40 300 Euro. Das Geldvermögen war aber regional sehr ungleich verteilt. Während im Durchschnitt ein Haushalt im früheren Bundesgebiet 43 500 Euro an Geldvermögen besaß, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost je Haushalt lediglich 23 200 Euro.

Im früheren Bundesgebiet hatte fast ein Fünftel der Haushalte ein Geldvermögen von weniger als 5 000 Euro. In den neuen Ländern war es knapp ein Viertel. Im früheren Bundesgebiet konnte jeder vierte Haushalt auf ein Geldvermögen von 50 000 Euro oder mehr zurückgreifen, im Osten dagegen nur jeder achte Haushalt.

Verteilung des Geldvermögens 2003 (in Prozent)



Mehr als die Hälfte der deutschen Haushalte besitzt eine Lebensversicherung



In West und Ost stehen Spargbücher nach wie vor hoch im Kurs: 71 Prozent aller Haushalte besaßen im Jahr 2003 mindestens ein Spargbuch. Rund ein Fünftel ihres Geldvermögens befand sich darauf.

Bei mehr als der Hälfte der Haushalte waren Lebensversicherungen als Anlageform beliebt. 30 Prozent ihres Geldvermögens hatten westdeutsche Haushalte in diese Anlageform investiert, während ein Viertel des Geldvermögens der ostdeutschen Haushalte in dieser Form gebunden war.

Rund jeder dritte Haushalt besaß einen Bausparvertrag. Allerdings waren nur sechs Prozent des Geldvermögens darauf angelegt.

Im Vergleich dazu hatten ostdeutsche Haushalte auf die ebenso beliebten sonstigen An-

lagen bei Banken und Sparkassen (Fest- und Termingelder, Tagesgeldkonten) gut ein Viertel ihres Geldes deponiert. Bei den Haushalten im früheren Bundesgebiet betrug der darauf entfallende Geldvermögensanteil nur knapp ein Fünftel.

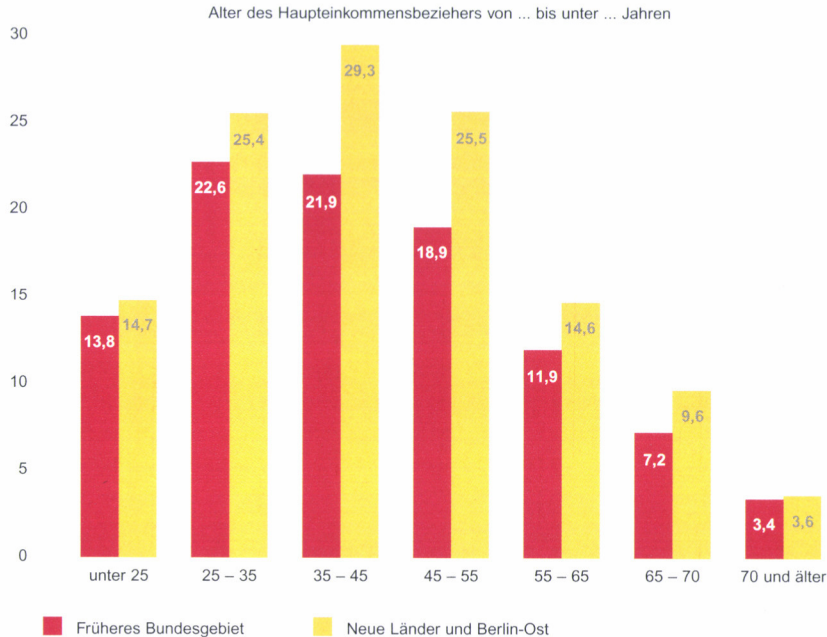
Der Besitz von Aktien war mit 21 Prozent Anlegern im Westen deutlich beliebter als im Osten, wo nur zwölf Prozent der Haushalte Aktien hielten. Entsprechend legten die Haushalte im früheren Bundesgebiet gut sieben Prozent ihres Geldvermögens in Aktien an. Während die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur drei Prozent ihres Geldes in Aktien investierten.

Geldvermögen der privaten Haushalte 2003 nach Anlageformen (in Prozent)

	Früheres Bundesgebiet durchschnittl. 43 500 Euro je Haushalt	Neue Länder und Berlin-Ost durchschnittl. 23 200 Euro je Haushalt
Lebensversicherungen u.Ä.	29,7	25,4
Sonstige Anlagen bei Banken/Sparkassen	18,6	26,3
Sparguthaben	18,2	20,3
Aktien	7,4	3,0
Aktienfonds	7,1	7,3
Sonstige Wertpapiere/Vermögensbeteiligungen	6,4	5,2
Bausparguthaben	6,0	8,2
Rentenwerte	4,8	3,0
An Privatpersonen verliehenes Geld	1,8	1,3

Schulden gibt es häufiger in jüngeren Haushalten

Verschuldung privater Haushalte 2003 durch Konsumentenkredite (in Prozent)



Fast jeder sechste deutsche Haushalt hatte im Jahr 2003 Schulden im Rahmen eines Konsumentenkredits. Hypothekenschulden u.Ä. sind in diesem Zusammenhang nicht berücksichtigt.

Der Anteil der verschuldeten Haushalte lag in allen Altersgruppen in den neuen Ländern und Berlin-Ost höher als im früheren Bundesgebiet.

Am häufigsten verschuldeten sich – und dies trifft sowohl für West- als auch für Ostdeutschland zu – die Haushalte mit Haupteinkommensbezieher im jüngeren bis mittleren Alter. In den neuen Bundesländern hatte von den 25- bis unter 35-Jährigen sowie 45- bis unter 55- Jährigen rund ein Viertel, bei den 35- bis unter 45-Jährigen sogar nahezu jeder dritte Haushalt Konsumentenkreditschulden. In den alten Bundesländern war es in diesen Altersklassen gut ein Fünftel der Haushalte.

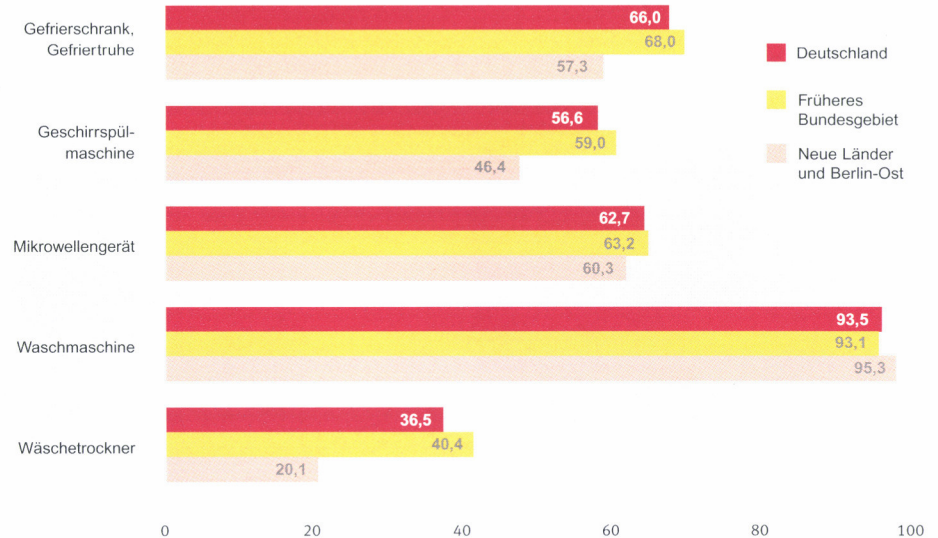
Geschirrspülmaschine und Wäschetrockner längst nicht in jedem Haushalt

Kühlschrank und Waschmaschine gehören weitgehend zur Standardausstattung aller Haushalte.

Anders ist das Bild bei Geschirrspülmaschinen und Wäschetrocknern: 57 Prozent der Haushalte in Deutschland verfügten 2003 über eine Geschirrspülmaschine. Bei Wäschetrocknern waren es 37 Prozent.

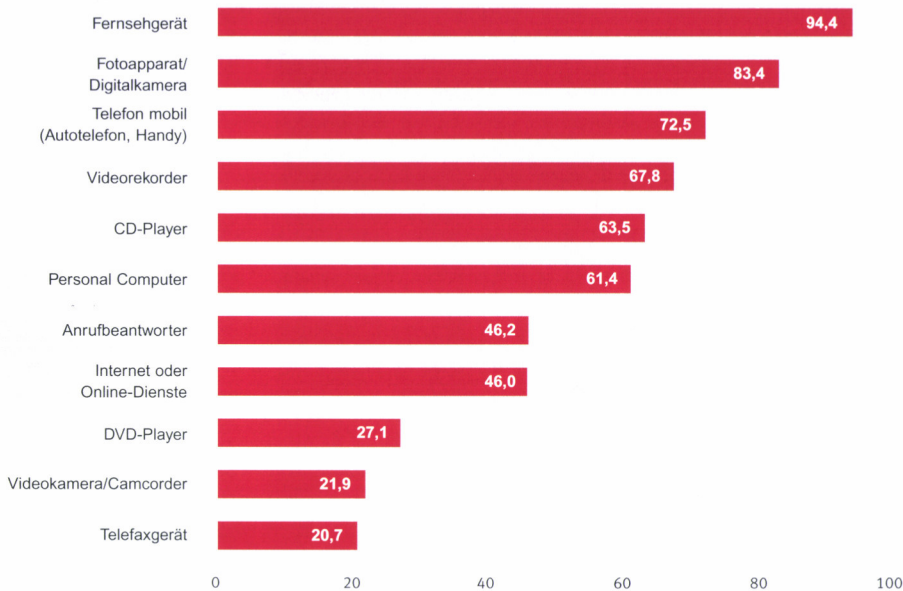
Insbesondere in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren die Ausstattungsgrade bei diesen Haushaltsgeräten noch relativ niedrig. So besaßen 2003 nur 46 Prozent der ost-deutschen Haushalte eine Geschirrspülmaschine und etwa 20 Prozent hatten einen Wäschetrockner.

Ausstattung mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2003 (in Prozent)



Knapp die Hälfte der Haushalte waren 2003 bereits Online

Ausstattung mit Informations- und Kommunikationstechnik 2003 (in Prozent)



Fernseh- und Rundfunkgeräte sind seit langem in nahezu jedem Haushalt zu finden. Über 94 Prozent besaßen Anfang 2003 ein Fernsehgerät.

Besonders stark waren jedoch die Zuwächse in der Ausstattung mit modernen Informations- und Kommunikationsmedien. Von 1998 bis 2003 ist der Ausstattungsgrad deutscher Haushalte mit PC von knapp 39 Prozent auf über 60 Prozent angewachsen. Auch der Zugang privater Haushalte zu Internet- und Online-Diensten stieg in diesem Zeitraum stark an: Anfang 2003 verfügte knapp die Hälfte der deutschen Haushalte über einen Internetanschluss während es 1998 nur acht Prozent der Haushalte waren. In nahezu drei von vier Haushalten klingelte 2003 ein Handy im Vergleich zu elf Prozent in 1998.

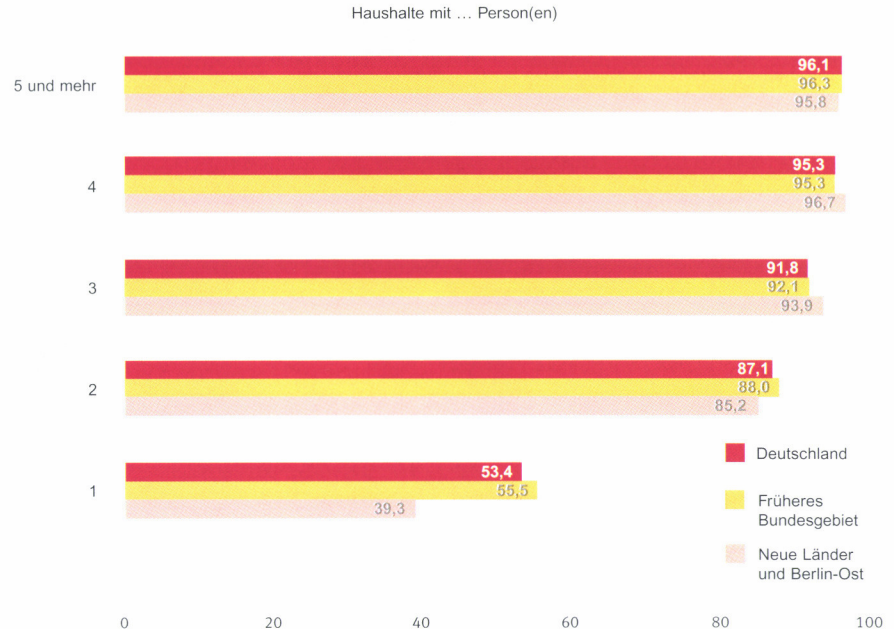
Große Haushalte kommen ohne Auto nicht aus

Im Jahr 2003 besaßen rund drei Viertel der deutschen Haushalte einen Pkw. In Westdeutschland waren es 78 Prozent der Haushalte gegenüber 72 Prozent der ostdeutschen Haushalte. Die Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost waren damit geringer, als aufgrund der Einkommensunterschiede zu vermuten gewesen wäre.

Mit wachsender Personenzahl im Haushalt stieg auch der Anteil der Pkw-Besitzer.

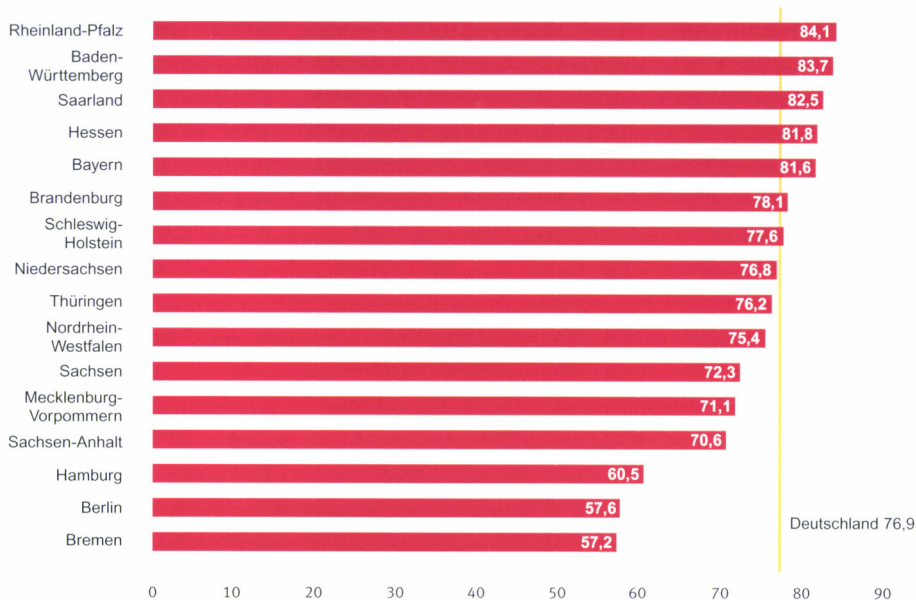
Von den Einpersonenhaushalten hatten im früheren Bundesgebiet 56 Prozent einen Pkw, in den neuen Ländern und Berlin-Ost 39 Prozent. Bei den Mehrpersonenhaushalten waren es in beiden Gebietsständen zwischen 85 und 97 Prozent der Haushalte, die ein Auto besaßen.

Ausstattung mit Personenkraftwagen 2003 nach Haushaltsgröße (in Prozent)



In der Stadt ist das Auto weniger gefragt

Ausstattung mit PKW 2003 nach Bundesländern (in Prozent)



Haushalte in den Stadtstaaten besaßen deutlich seltener ein Auto als Haushalte in den Flächenländern: In Bremen, Berlin und Hamburg gab es in weniger als 62 Prozent der Haushalte einen Pkw. Bei einem gut ausgebauten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln verzichteten viele Haushalte in den Stadtstaaten offensichtlich auf ein Auto. Haushalte in den Flächenländern verfügten zu mehr als 70 Prozent über ein Auto. Aufgrund weiterer Entfernungen ist der Pkw-Besitz hier zum Teil unumgänglich zum Beispiel, um den täglichen Weg zum Arbeitsplatz zurückzulegen.

Mehr als 80 Prozent der Haushalte in den süddeutschen Bundesländern besaßen ein Auto. Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz lagen mit 84 Prozent an der Spitze, gefolgt vom Saarland, Bayern und Hessen. In den übrigen Bundesländern verfügten zwischen 70 und 80 Prozent der Haushalte über mindestens ein Auto.

Kontaktanschriften der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder zur EVS 2008

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
- Referat 53 – EVS 2008
Julia Kolberg, Gisela Faigle
Böblingerstraße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0800 0006720 (gebührenfrei)
Telefax: 0711 641-2988
E-Mail: evs@stala.bwl.de

Statistisches Landesamt Bremen
- Abschnitt 200 -
Herr Dieter Haaf
An der Weide 14–16
28195 Bremen
Telefon: 0421 361-2800
Telefax: 0421 361-4310
E-Mail: dieter.haaf@statistik.bremen.de

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern
FB 421
Frau Jonuschies (App.4673)
Herr Fischer (App.4461)
Frau Lübcke (App.4789)
Lübecker Straße 287
19059 Schwerin
Telefon: 0385 4801-0
Telefax: 0385 4801-4123
E-Mail: evs@statistik-mv.de

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
- 232 -
Ewald Braun
56128 Bad Ems
Telefon: 02603 71-2970 oder
0800 3872003 (gebührenfrei)
Telefax: 02603 71-192970
E-Mail: ewald.braun@statistik.rlp.de

Bayerisches Landesamt
für Statistik und Datenverarbeitung
- Außenstelle Schweinfurt -
EVS 2008
Gerhard Schmidt, Karin Saal
Postfach 1163
97431 Schweinfurt
Telefon: 0800 6738057 (gebührenfrei)
Telefax: 09721 2088-152
E-Mail: evs2008@statistik.bayern.de

Statistisches Amt
für Hamburg und Schleswig-Holstein
- 132 -
Herr Thorsten Ludes, Frau Ruth Kuske
Postfach 7130
24171 Kiel
Telefon: 0431 6895-9300 oder -9322
Telefax: 0431 6895-9498
wirtschaftsrechnungen@statistik-nord.de

Niedersächsisches Landesamt für Statistik
- Referat 22, Herr Strzys -
Postfach 910 764
30427 Hannover
Telefon: 0800 1013442 (gebührenfrei)
Telefax: 0511 9898-4222
E-Mail: EVS@NLS.Niedersachsen.de

Landesamt für Zentrale Dienste Saarland
Statistisches Amt
- A 32 -
Herr Schwed, Frau Abel
Postfach 103044
66030 Saarbrücken
Telefon: 0681 501-5878 oder -5977
Telefax: 0681 501-5991
E-Mail: EVS.statistik@lzd.saarland.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Standort Cottbus -
Referat 12 – Haushaltserhebungen
Frau Herzog, Frau Fleischer
Tranitzer Straße 16
03048 Cottbus
Telefon: 0355 4868-229 oder -234
Telefax: 0355 4868-144
E-Mail: EVS2008@statistik-bbb.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Abteilung II B 4
Frau Weimann, Frau Kapp
Herrngartenstraße 1-5
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-261 oder -245
Telefax: 0611 3802-292
E-Mail: evs@statistik-hessen.de

Landesamt für Datenverarbeitung
und Statistik Nordrhein-Westfalen
Frau Anke Gerhardt
Postfach 101105
40002 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-3668
E-Mail: anke.gerhardt@lds.nrw.de

Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen
EVS 2008
Postfach 1105
01911 Kamenz
Telefon: 0800 0332525 (gebührenfrei)
Telefax: 03578 33-2198
E-Mail: evs@statistik.sachsen.de

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt
Dez. 43.1 Wirtschaftsrechnungen
Postfach 201156
06012 Halle
Frau Petra Waldeck
Telefon: 0800 9348000 (gebührenfrei)
E-Mail: waldeck@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Thüringer Landesamt für Statistik
- Referat IV.3 -
Frau Halle
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon: 0361 3784-224
Telefax: 0361 3784-699
E-Mail: gudrun.halle@statistik.thueringen.de

Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn
Gruppe VIII D – EVS 2008
Postfach 170377
53029 Bonn
Telefon: 01888 644-8880
Telefax: 01888 644-8970
E-Mail: private-haushalte@destatis.de